

MARTIN BROSZAT

HITLER UND DIE GENESIS DER „ENDLÖSUNG“

Aus Anlaß der Thesen von David Irving

Die englische Ausgabe des Hitler-Buches von David Irving¹, zwei Jahre nach der gereinigten deutschen Fassung² im Frühjahr 1977 erschienen, hat in der in- und ausländischen Öffentlichkeit Furore gemacht. Der schon aus früheren zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen³ als „enfant terrible“ bekannte britische Autor lancierte eine These, die auch manchen seiner Bewunderer und Freunde in Verlegenheit setzte⁴. Hitler, so Irving, habe das Ziel verfolgt, Deutschland und Europa judenfrei zu machen, den Massenmord an den Juden aber nicht gewollt und nicht befohlen, dieser sei ohne sein Wissen von Himmler, Heydrich und einzelnen Zivilverwaltungs- und Sicherheitspolizeichefs im Osten auf eigene Faust in die Wege geleitet worden.

Wenn wir uns in dieser Zeitschrift erneut mit dem Thema befassen, so nicht nur, um die spektakulären Haupt-Argumente Irvings zu durchleuchten, zu denen von international renommierten Fachhistorikern und Hitler-Forschern schon einhellig Stellung genommen worden ist⁵. Angesichts der Verwirrung, die das gut und populär geschriebene Buch bei den nicht genügend mit den Einzelheiten Vertrauten, vor allem auch den Geschichtslehrern, hervorrufen kann, scheint es uns angebracht, die kritische Prüfung der Argumente Irvings und das unvermeidliche

¹ David Irving, *Hitler's War*, London 1977.

² David Irving, *Hitler und seine Feldherren*, Frankfurt/M. 1975. Der deutsche Verleger (Ullstein-Verlag) bestand auf einer Auslassung der seiner Meinung nach unhaltbaren und unverantwortlichen Thesen Irvings zur Entlastung Hitlers von der Judenvernichtung. Es kam daraufhin nach Erscheinen der deutschen Ausgabe zum Bruch zwischen Verlag und Autor.

³ Das gilt für die Bücher „*Accident, The Death of General Sikorski*“, London 1967 (deutsche Ausgabe: „*Mord aus Staatsräson, Churchill und Sikorski, eine tragische Allianz*“, Bern/München/Wien 1969) und „*The Destruction of Convoy PQ 17*“, London 1968, bei denen es in Großbritannien zu aufsehenerregenden gerichtlichen Nachspielen kam (vgl. auch im Folgenden, Anm. 9). „PQ 17“, die Geschichte eines britischen Geleitzuges, für dessen Versenkung Irving den Kommandanten der Begleitschutzflottille der Navy verantwortlich machte, durfte nicht ausgeliefert werden.

⁴ Vgl. dazu die Besprechung von Heinz Höhne in „*Der Spiegel*“ vom 4. 7. 1977, S. 72–74. Einer der deutschen Freunde Irvings, Rolf Hochhuth, der sich selbst die von Irving vertretene These über Churchills angebliches Attentat auf Sikorski zueigen gemacht und sie als Grundlage eines von ihm geschriebenen Stückes („*Soldaten*“) benutzt hatte, sah sich veranlaßt, in seiner Einführung der soeben bei Hoffmann u. Campe/Hamburg herausgegebenen Goebbels-Tagebücher aus dem Jahre 1945 von Irvings Hitler-These entschieden abzurücken (Einführung, S. 40).

⁵ Zu nennen sind hier vor allem die ausführlichen Besprechungen von Alan Bullock in *New York Times Review* vom 26. 5. 1977, Hugh Trevor-Roper in *Sunday Times Weekly Review* vom 12. 6. 1977 und Eberhard Jäckel in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. 8. 1977.

Detail der damit verbundenen Textanalyse zu verbinden mit einer Dokumentation wichtiger einschlägiger Quellen, die Irving, obwohl er sie meist kennt und in seinem Buch annotiert, häufig eher verschüttet. Die Thesen Irvings fordern aber auch dazu auf, bisher nicht vollständig geklärten bzw. kontroversen Problemen der Genesis der nationalsozialistischen Judenvernichtung nachzugehen, einschließlich der Frage, ob es einen „Befehl“ Hitlers hierzu gegeben hat. Wichtig ist schließlich der Kontext. Es geht dem Autor nicht oder nur unmittelbar um eine Revision der Geschichte der NS-Judenpolitik, sondern vor allem um eine Revision der Hitler-Bewertung, vorgetragen mit dem Anspruch solider Begründung durch bekannte und bisher unbekannte Quellen.

[...]

P746

2. Das Problem der Genesis der nationalsozialistischen Judenvernichtung

Umfassende Darstellungen über die „Endlösung der Judenfrage“, die seit Jahren vorliegen, verbergen vielfach – vom ersten Anschein her – daß manche Aspekte der Genesis dieses Programms durchaus noch im Dunkeln liegen. Ihre genaue Untersuchung wurde z. T. gehemmt durch die Tendenz, die Judenvernichtung als eine Art metahistorisches Ereignis von der Evidenz der bei Hitler lange vor 1933 dogmatisch fixierten radikal-antisemitischen Weltanschauung und dem in ihr vorgeformten psychologischen Vernichtungsmotiv gleichsam „logisch“ abzuleiten¹⁴. So unentbehrlich dieser Fixpunkt, Hitlers fanatisch-pathologischer Weltanschauungswille, zur Erklärung des Ganzen ist, er entlastet nicht von der Aufhellung der historischen Frage, wie sich die Umsetzung von Weltanschauung in Wirklichkeit vollzog, unter welchen Bedingungen und durch welche institutionellen und personellen Hebel sie „vermittelt“ und möglicherweise auch „verzerrt“ wurde.

So gesichert unsere Kenntnis über einzelne Phasen, Schauplätze und Modalitäten der Durchführung der Vernichtungsaktionen aufgrund zeitgenössischer Dokumente und späterer Aussagen der Beteiligten und Betroffenen ist, so wenig Genaues wissen wir über das Zustandekommen der mörderischen letzten Stufe der Radikalisierung nationalsozialistischer Judenpolitik, über die an der Entscheidungsbildung vor allem Beteiligten, über den präzisen Inhalt der Entscheidung sowie über Form und Inhalt ihrer Übermittlung an die mit der Durchführung der Vernichtungsaktionen beauftragten Sonderkommandos und maßgeblich beteiligten Dienststellen. Trotz der Vernichtung der einschlägigen Akten – vor allem im Bereich der primär zuständigen Sicherheitspolizei –, der methodischen Spurenverwischung nach Abschluß der Aktionen und der irreführenden Sprachregelung in den Dokumenten, ließ sich der Vorgang als solcher nicht verbergen. Im Hinblick auf die zentrale Entscheidungsbildung ist die Verschleierung aber in stärkerem Maße gelungen.

Es kann dabei bezweifelt werden, ob die Akten des Chefs der Sicherheitspolizei, der am 31. Juli 1941 mit der zentralen Organisation der „Endlösung“ beauftragt

¹⁴ Vgl. hierzu Joseph Goebbels, Tagebücher 1945, Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977; die Eintragungen vom 27. u. 28. 5. 1945 (S. 397 u. 409) zeigen, daß Goebbels Hitler damals vergeblich drängte, über den Rundfunk „zum deutschen Volk“ zu sprechen.

¹⁵ Charakteristisch hierfür eine der jüngsten umfassenden Darstellungen zur NS-Judenpolitik: Lucy Dawidowicz, *The war against the Jews 1933–1945*, London 1975.

worden war, der Kanzlei des Führers, die in bezug auf die Vergasungs-Spezialisten (wie vorher bei der Euthanasie-Aktion) eingeschaltet war, oder die Handakten Bormanns im Führerhauptquartier, wären sie nicht vor Kriegsende weitgehend vernichtet worden, eindeutige Auskunft zu den offenen Fragen geben würden. Es ist auffällig, daß auch höchstgestellte Personen des NS-Regimes, mit denen Hitler während des Krieges häufig zu tun hatte und die an der Judenfrage, wenigstens partiell oder mittelbar, beteiligt waren und nach Kriegsende noch als Zeugen zur Verfügung standen (wie Göring, Ribbentrop, Hans Frank) oder umfangreiche Aufzeichnungen hinterließen (wie Goebbels in seinen Tagebüchern), zwar offensichtlich von der Judenvernichtung wußten, aber über einen präzisen Geheimbefehl Hitlers nichts auszusagen vermochten. Das spricht nicht nur dafür, daß alle wesentlichen Verabredungen über das letzte Ziel der „Endlösung“ mündlich getroffen und weitergegeben wurden¹⁶, sondern auch dafür, daß die physische Liquidierung der Juden nicht durch einen einmaligen Akt der Entscheidung, vielmehr stück- und schubweise in Gang gesetzt wurde.

Die erste große Teilaktion der Liquidierung, die Massensexekution Hunderttausender von Juden in den eroberten sowjetischen Gebieten durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD im Sommer und Herbst 1941, zweifellos auf Weisungen Hitlers zurückgehend, stand, wie der Befehl zur Erschießung sowjetischer Kommissare, vor allem im Zeichen der fanatischen dogmatischen Entschlossenheit der NS-Führung, den „jüdischen Bolschewismus“ mit Stumpf und Stiel auszurotten. Sie läßt noch nicht zwingend den Schluß zu, daß die physische Liquidierung als allgemeines Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik, d. h. auch in bezug z. B. auf die Juden in Deutschland, schon kategorisch beschlossen war und auch Görings Auftrag an Heydrich zur Vorbereitung eines umfassenden Programms der Judendeportation vom 31. 7. 1941 bereits in diesem Sinn zu interpretieren ist. Schon vor einigen Jahren hat Uwe Dietrich Adam dies in seiner Studie über die NS-Judenpolitik mit guten Gründen verneint¹⁷.

Obwohl die in den besetzten sowjetischen Gebieten erstmals praktizierte pauschale Massentötung von Juden (unter Einschluß von Frauen und Kindern) zwangsläufig dazu beitragen mußte, daß die Liquidierungspraxis als „einfachstes“ Mittel und kürzester Prozeß der „Endlösung“ Schule machte, blieb bei den gleichzeitigen Planungen zur Deportation der reichsdeutschen Juden zunächst anscheinend noch weitgehend offen, wohin die Juden eigentlich transportiert werden sollten, und was mit ihnen dort zu geschehen habe. Aller Nachdruck und alle Entschlossenheit konzentrierten sich auf das Ziel, die Juden loszuwerden, vor allem das Reichsgebiet „judenfrei“ zu machen, nachdem man frühere Ansätze und Planungen zur Abschiebung der deutschen Juden seit dem Winter 1930/40 hatte zurückstellen müssen.

¹⁶ Alle Nachkriegsaussagen derjenigen, die mit Teilaktionen zur Judenvernichtung beauftragt wurden, beziehen sich auf mündliche Instruktionen, siehe unten, Anm. 62–65.

¹⁷ Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, insbes. S. 305 ff.

Es war nicht ausschließlich Sprachregelung und Verschleierung, wenn im Sommer und Herbst 1941 in den Besprechungen und Schriftstücken der maßgeblich Beteiligten nur in unbestimmter Weise von Deportation „nach dem Osten“ die Rede war, sondern entsprach durchaus der Art und Weise, in der Hitler, Himmler, Heydrich auch sonst an die „Flurbereinigung“ großer rasse- und volkstumpolitischer Fragen herangingen. Man leitete eine umfangreiche Aktion zur Menschenverschiebung ein, ohne sich über ihre Konsequenzen schon im klaren zu sein. In bezug auf die Judendeportationen nach dem Osten, die seit dem Sommer 1941 planerisch und seit Mitte Oktober 1941 mit ersten Judenevakuierungen aus dem Reich auch faktisch begannen, existierte zu diesem Zeitpunkt vermutlich nur die allgemeine Vorstellung: Die Juden im Osten in Ghettos und Lagern zu schwerer Zwangsarbeit einzusetzen, dabei würden bald viele umkommen und in bezug auf die Nichtarbeitsfähigen könne man ähnlich „nachhelfen“, wie man in den Konzentrationslagern des Reiches und in Arbeitslagern in Polen dazu übergegangen war, nicht einsatzfähige Gefangene zu liquidieren. Der zu erobernde Riesenraum der Sowjetunion würde – so anscheinend die Leitvorstellung – auf jeden Fall die Möglichkeit bieten, die Juden aus Deutschland und den besetzten und verbündeten Ländern Europas, vor allem endlich auch die große Zahl der Juden in den Ghettos im Generalgouvernement Polen, das seit 1940 als Ansiedlungsgebiet für die weitere Germanisierung im Osten in Aussicht genommen war, loszuwerden. Es war offenbar vor allem Hitler selbst, der im Sommer und Herbst 1941 einzelnen Gauleitern im Reich ebenso wie dem Reichsprotector von Böhmen und Mähren und dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete oder einzelnen verbündeten Satellitenregierungen der Achsenmächte die Möglichkeit der Abschiebung der Juden nach dem Osten als nahe bevorstehend in Aussicht stellte, auf ihre Realisierung drängte und damit unter ihnen auch zum Teil einen ehrgeizigen Wettstreit, die jeweiligen Gebiete möglichst schnell judenrein zu machen, in Gang setzte. Zur Charakterisierung zitieren wir einige einschlägige Zeugnisse aus dieser Phase, die auch zeigen, daß dem entschlossenen Willen der NS-Führung, die Judenfrage jetzt radikal anzupacken, noch keine ebenso klare Zielsetzung im Hinblick auf das weitere Schicksal der zu Deportierenden entsprach. Neben dem russischen Osten figurierte noch der alte Plan einer späteren Madagaskar-Lösung bei Hitler und den zuständigen Referenten des SD als widersprüchliche oder auswechselbare Zielvorstellung.

Im Dienst-Tagebuch des Generalgouverneur (Hans Frank) heißt es unter dem Datum vom 17. 7. 1941¹⁹:

„Der Herr Generalgouverneur wünscht keine weitere Ghettobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d. J. die Juden in abseh-

¹⁹ Vgl. Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 386. Daß man zu dieser Zeit (Sommer 1941) auch bei den mit der Judenfrage befaßten Dienststellen des SD von einem generellen Judenvernichtungsbefehl noch nichts wußte (was erstaunlich wäre, wenn es ihn

barer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein solle.“

In einer Besprechung mit dem kroatischen Marschall Kvaternik am 17. 7. 1941 äußerte Hitler laut Protokoll¹⁹:

„Die Juden seien die Geißel der Menschheit. Sowohl die Litauer als auch die Esten und Letten nähmen nun blutige Rache an ihnen . . .
 . . . wenn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde das ein Bazillenherd²⁰ für eine neue Zersetzung werden. Gäbe es keine Juden mehr in Europa, so würde die Einigkeit der europäischen Staaten nicht mehr gestört werden. Wohin man die Juden schicke, nach Sibirien oder Madagaskar, sei gleichgültig. Er werde an jeden Staat mit dieser Forderung herantreten . . .“

Manchen Einblick in die Planungen und Überlegungen in dieser Phase gewähren auch die vor einigen Jahren aufgetauchten noch nicht veröffentlichten Teile der Goebbels-Tagebücher²¹. Ihnen zufolge vermerkte Goebbels am 7. 8. 1941 in bezug auf die Ausbreitung von Fleckfieber im Warschauer Ghetto:

„Die Juden sind ja immer die Träger ansteckender Krankheiten gewesen. Man muß sie entweder in einem Ghetto zusammenpferchen und sich selbst überlassen oder liquidieren, sonst würden sie immer die gesunde Bevölkerung der Kulturstaaten anstecken.“

Am 19. 8. 41, nach seinem Besuch im Führerhauptquartier am Vortage schrieb er:

„Der Führer ist der Überzeugung, daß seine damalige Prophezeiung im Reichstag,

schon gegeben hätte), zeigt u. a. der Entwurf eines Schreibens des für den Warthegau zuständigen Leiters des SD-Abschnittes Posen an den Judenreferenten Adolf Eichmann im RSHA vom 17. 7. 1941, gerade weil hier von selbständigen Überlegungen der Sicherheitspolizei und des SD in Posen, einen Teil der Juden des Ghettos in Litzmannstadt zu töten, die Rede ist. Es wurde, so heißt es dort, bei Besprechungen über die „Lösung der Judenfrage“ in der Reichsstatthalterei in Posen wegen der Überbelegung des Ghettos in Litzmannstadt erwogen, ob es nicht die humanste Lösung wäre, die Juden, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, durch ein schnell wirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre es angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“ „Die Dinge klingen teilweise fantastisch“, so schrieb der Posener SD-Chef, „wären aber meiner Ansicht nach durchaus durchführbar“. Kopie des Schreibens, das nach 1945 in Posen aufgefunden und auch im Prozeß gegen Reichsstatthalter Greiser verwendet wurde, in: *Biuletyn Główna Komisja Badania zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Krakau, Bd. XIII (1960), Dok. 27 f./28.*

¹⁹ Vgl. Andreas Hillgruber, *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, 1970, Bd. 2, S. 556.

²⁰ Lt. Aufzeichnung Werner Koepfens, deren Kenntnis David Irving zu danken ist, äußerte Hitler am 10. 7. 41 abends im Führerhauptquartier: „Ich fühle mich wie Robert Koch in der Politik. Der fand den Bazillus und wies damit der ärztlichen Wissenschaft neue Wege. Ich entdeckte den Juden als den Bazillus und das Ferment der gesellschaftlichen Dekomposition. . . .“, *Archiv Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Sammlung Irving.*

²¹ Sie befinden sich beim Hoffmann u. Campe-Verlag, Hamburg (künftig zit. als *Goebbels-Tgb./Hoffmann u. Campe*). Für die gewährte Möglichkeit ausführlicher Einsichtnahme habe ich vor allem dem ehem. Geschäftsführer des Verlages Dr. Knaus zu danken.

daß, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Krieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde²², sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen, in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen. Ihre letzte Zuflucht bleibt Nordamerika; und dort werden sie über kurz oder lang auch einmal bezahlen müssen . . .“

Am nächsten Tag, 20. 8. 1941, ergänzte Goebbels die vom Führerhauptquartier mitgebrachten Eindrücke:

„. . . Wenn es im Augenblick auch noch nicht möglich ist, aus Berlin eine judenfreie Stadt zu machen, so dürfen die Juden jedenfalls öffentlich nicht mehr in Erscheinung treten. Darüberhinaus aber hat mir der Führer zugesagt, daß ich die Juden aus Berlin unmittelbar nach Beendigung des Ostfeldzuges in den Osten abschieben kann. Berlin muß eine judenfreie Stadt werden. Es ist empörend und ein Skandal, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reiches sich 70 000 Juden, zum größten Teil als Parasiten, herumtreiben können. Sie verderben nicht nur das Straßenbild, sondern auch die Stimmung. Zwar wird das schon anders werden, wenn sie ein Abzeichen tragen, aber ganz abstellen kann man das erst dadurch, daß man sie beseitigt. Wir müssen an dieses Problem ohne jede Sentimentalität herangehen.“

Daß Hitler die Ziele der jetzt forcierten Aktivität setzte, bestätigen auch andere Zeugnisse dieser Zeit. Am 18. 9. 1941 schrieb Himmler an den Gauleiter und Reichsstatthalter im Warthegau, SS-Obergruppenführer Greiser²³:

„Der Führer wünscht, daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden. Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreiches und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren, um sie im nächsten Frühjahr noch weiter nach dem Osten abzuschicken. Ich beabsichtige, in das Litzmannstädter Ghetto, das, wie ich hörte, kaum aufnahmefähig ist, rund 60 000 Juden des Altreiches und des Protektorats für den Winter zu verbringen. Ich bitte Sie, diese Maßnahme, die sicherlich für Ihren Gau Schwierigkeiten und Lasten mit sich bringt, nicht nur zu verstehen, sondern im Interesse des Gesamtreiches mit allen Kräften zu unterstützen.“

Es ist möglich, aber nicht sicher, daß Himmlers Mitteilung, es sei nur an eine vorübergehende Unterbringung der Juden im Ghetto Litzmannstadt gedacht, bis diese im nächsten Frühjahr „weiter nach Osten“ gebracht werden könnten, eine

²² Am 30. 1. 1939 hatte Hitler im Reichstag erklärt: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Krieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ Auf diese Rede kam Hitler während des Krieges in öffentlichen Reden und privaten Gesprächen immer wieder zurück, z. B. bei seinen Reichstagsreden am 30. 1. 1941 und am 30. 1. 1942, datierte sie aber (bewußt oder unbewußt) falsch auf den 1. 9. 1939. Für bewußte Umdatierung, die den Zusammenhang zwischen militärischen Krieg und Kampf gegen die Juden betonen sollte, spricht ihre Regelmäßigkeit und der Umstand, daß sie auch in den amtlichen Veröffentlichungen der Hitler-Reden, z. B. im „Völkischen Beobachter“, beibehalten wurde.

²³ Persönlicher Stab RFSS, Archiv IZ: MA 3/9, Folder 94.

bloße Finte gewesen ist und schon zu diesem Zeitpunkt ihre Ermordung in den besetzten polnischen Gebieten geplant war²⁴.

Wegen der als erste Etappe vorgesehenen Unterbringung von 20 000 reichsdeutschen Juden in Litzmannstadt (Lodz) kam es Anfang Oktober 1941 zwischen dem Litzmannstädter Regierungspräsidenten, SS-Brigadeführer Uebelhör, und Himmler sowie – nachdem die Transporte (ab Mitte Oktober) schon begonnen hatten – zwischen Uebelhör und der Sicherheitspolizei zu heftigen Kontroversen wegen der von dem Regierungspräsidenten kategorisch verneinten Aufnahmekapazität des Ghettos²⁵. Sie wären kaum erklärlich, wenn der Vernichtungsplan schon ausgemachte Sache gewesen wäre. Auch Goebbels erfuhr am 23. September 1941 im Führerhauptquartier von Heydrich, daß es (wohl vor allem wegen der von der Wehrmacht beanspruchten Transportzüge und wegen der begrenzten Aufnahmekapazitäten der verfügbaren Lager und Ghettos im Osten) vorläufig noch Schwierigkeiten mit der zügigen Deportation der Berliner Juden gebe. In seiner Aufzeichnung über ein Gespräch mit Heydrich im Führerhauptquartier am 23. 9. 1941 (Tagebucheintragung vom 24. 9. 1941), die z. T. unleserlich [...] oder schwer entzifferbar < > ist, heißt es (S. 18 f.)²⁶:

„Das wird der Fall sein können, sobald wir im Osten zu einer Bereinigung der militärischen Lage gekommen sind. Sie [die Juden] sollen am Ende alle in die von den Bolschewisten angelegten Lager [...] transportiert werden. Diese <selbst sind von den> Juden errichtet worden. <Was liegt näher, als daß> sie nun auch von Juden bevölkert werden . . .“

An anderer Stelle der Tagebucheintragung vom 24. 9. 1941 (S. 35 f.) über seinen Besuch im Führerhauptquartier vermerkte Goebbels:

„Der Führer ist der Meinung, daß die Juden nach und nach aus ganz Deutschland herausgebracht werden müssen. Die ersten Städte, die nun judenfrei gemacht werden sollen, sind Berlin, Wien und Prag. Berlin kommt als erste an die Reihe und ich habe die Hoffnung, daß es uns im Laufe dieses Jahres noch gelingt, einen wesentlichen Teil der Berliner Juden nach dem Osten abzutransportieren.“

Einen Monat später mußte Goebbels jedoch erfahren, daß es zunächst nichts sei mit schnellen und umfassenden Deportationen der Berliner Juden in die besetzten sowjetischen Gebiete. In seiner Tagebucheintragung vom 24. 10. 1941 schrieb er:

„Allmählich fangen wir nun auch mit der Ausweisung der Juden nach dem Osten an.

²⁴ Laut Aufzeichnung Koeppens v. 7. 10. 41 erklärte Hitler am 6. 10. 1941 im Hinblick auf das Protektorat: „Alle Juden müssen aus dem Protektorat entfernt werden, und zwar nicht erst ins Generalgouvernement, sondern gleich weiter nach Osten. Es ist dies augenblicklich nur wegen des großen Bedarfs an Transportmitteln nicht durchführbar. Mit den Protektoratsjuden sollen gleichzeitig alle Juden aus Berlin und Wien verschwinden.“ Archiv IfZ: Sammlung Irving.

²⁵ Vgl. Schreiben Uebelhørs an Himmler vom 4. 10. 41, von Himmler an Uebelhör vom 10. 10. 1941 (darin der Satz: „Ich verlange, daß sie [die Juden] in den Häusern untergebracht werden, die durch die erhebliche Verringerung der Juden seit eineinhalb Jahren [Sterblichkeit und Abschiebung nach dem Generalgouvernement] frei geworden sind.“). Pers. Stab RFSS, Archiv IfZ: MA 3/9, Folder 94.

²⁶ Die folgenden Zitate nach Goebbels-Tgb./Hoffmann u. Campe (s. Anm. 21).

Einige Tausend sind schon in Marsch gesetzt worden. Sie kommen vorerst nach Litzmannstadt.“

Am 28. 10. 1941 klagte Goebbels in seinem Tagebuch erneut über die Widerstände, die verhinderten, daß die Judenevakuierung aus Berlin „in möglichst kurzer Frist“ stattfinden könne. Wirkten sich doch in der Reichshauptstadt „Maßnahmen wie die Evakuierung immer propagandistisch übler aus als in anderen Städten, weil wir hier ja die ganze Diplomatie und die Auslandspresse sitzen haben“. Am 18. 11. 1941 notierte er:

„Heydrich berichtete mir über seine Absichten bezüglich der Abschiebung der Juden aus dem Reichsgebiet. Die Frage läßt sich schwieriger an als wir zuerst vermutet hatten. 15 000 Juden müssen sowieso in Berlin bleiben, da sie bei kriegswichtigen und gefährlichen Arbeiten beschäftigt sind. Auch eine Reihe von alten Juden können nicht mehr nach dem Osten abgeschoben werden. Für sie soll ein Judenghetto in einer kleinen Stadt im Protektorat eingerichtet werden . . .“

Am 21. 11. 1941 mußte offenbar auch Hitler, der nach Berlin gekommen war, die Hoffnungen des Propagandaministers und Berliner Gauleiters in der Frage des Tempos der Judendeportationen dämpfen. Goebbels vermerkte am Tage darauf:

„Er [der Führer] will eine energische Politik gegen die Juden, die uns allerdings nicht unnötige Schwierigkeiten verursacht.“

Erhebliche Schwierigkeiten waren in der Tat entstanden, vor allem durch den unerwartet zähen Fortgang und schließlich den Stillstand der militärischen Operationen im Osten und die zusätzliche Belastung der ohnehin schon äußerst angespannten Transportlage.

Die Lage, in die die NS-Führung bei ihrer Planung umfassender Judendeportationen geraten war, tritt schon aus den zitierten Dokumenten mit genügender Deutlichkeit hervor: Hitler, Himmler und Heydrich hatten sich in der Vorbereitung umfassender Deportationen zur Entfernung der Juden, die für sie, wie vor allem aus Hitlers Äußerungen hervorgeht, eine mit fanatischem Eifer verfolgte Weltanschauungs-Frage darstellte, nach innen und außen grundsätzlich festgelegt; nicht zuletzt auch gegenüber einzelnen Gauleitern mit judenreicheren Städten (Goebbels in Berlin, Schirach in Wien) oder dem Generalgouverneur, die ihrerseits auf Entfernung ihrer Juden drängten. Der Chef der Sicherheitspolizei (Heydrich) und sein Judenreferent (Eichmann) hatten Transportpläne aufgestellt und waren – auch über die nach Preßburg, Bukarest und Agram (Zagreb) entsandten „Judenberater“ – an die Satellitenregierungen der judenreichen verbündeten Länder im Südosten herangetreten mit dem Ziel, auch deren Juden in die Deportation nach dem Osten einzubeziehen. Der Plan der großen Evakuierung der Juden sollte – so sah Hitler es sehr wahrscheinlich – keinesfalls gestoppt werden, weil die militärischen Schwierigkeiten und Belastungen im Osten sich als größer erwiesen als im Sommer 1941 angenommen. Aus dieser Situation heraus scheint es im Herbst 1941 einerseits zu einer Verlangsamung und Reduzierung der ursprünglichen Deportationspläne, andererseits zu Entschlüssen gekommen zu sein, die darauf hinausliefen, zumindest Teile der deportierten Juden „auf andere Weise“, d. h. durch gezielte Tötungsaktionen, aus der Welt zu schaffen. Die Juden-

vernichtung entstand, so scheint es, nicht nur aus vorgegebenem Vernichtungswillen, sondern auch als „Ausweg“ aus einer Sackgasse, in die man sich selbst manövriert hatte. Einmal begonnen und institutionalisiert, erhielt die Liquidierungspraxis jedoch dominierendes Gewicht und führte schließlich faktisch zu einem umfassenden „Programm“.

Mit absoluter Sicherheit läßt sich auch diese Interpretation nicht belegen, aber sie hat, nach den ganzen Begleitumständen zu schließen, die hier in allen Einzelheiten nicht erörtert werden können, weit mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die Annahme eines umfassenden Geheimbefehls zur Judenvernichtung im Sommer 1941²⁶.

Im November 1941 fanden zum ersten Mal Vernichtungen deportierter Juden aus dem Reich statt. Die Juden einzelner Transporte, die nach dem Reichskommissariat „Ostland“, vor allem nach Riga, Minsk und Kowno geleitet worden waren, wurden nicht, wie die Mehrzahl der später folgenden Transporte, in die dortigen Ghettos oder Lager eingewiesen, sondern bei ihrer Ankunft in Erschießungsaktionen einbezogen, die die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD – so vor allem in Riga am sogenannten Blutsonntag, am 30. November 1941 – zur Tötung einheimischer Juden in Gang gesetzt hatten. Etwa zur gleichen Zeit (November 1941) traf in Chelmno (Kulmhof) im Reichsgau Wartheland das „Sonderkommando Lange“ ein und begann mit der Einrichtung einer provisorischen Vernichtungsanlage, die unter Einsatz von Gaswagen (wie sie von diesem Kommando schon vorher im Rahmen von Euthanasieaktionen im Durchgangslager Soldau benutzt worden waren) ab Dezember 1941 zur Tötung von Juden vor allem aus dem Ghetto Litzmannstadt „in Betrieb“ genommen wurde. Die Aktion in Chelmno stand offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit den Querelen, die es vorher wegen der Transporte reichsdeutscher Juden nach Litzmannstadt gegeben hatte. Der in Posen schon im vorangegangenen Sommer entwickelte Gedanke²⁷, die Situation des Ghettos durch die Tötung nichtarbeitsfähiger Juden „mithilfe eines schnell wirkenden Mittels“ zu entlasten, war anscheinend inzwischen auf fruchtbaren Boden gefallen. Bei der Errichtung der Anlage in Chelmno ging es im wesentlichen um diese begrenzte Aktion: Um „Luft zu machen“ für die vom RSHA geplante zweite und dritte Rate von Judentransporten aus dem Reich, die man im Winter 1941/42 „vorläufig“ in Litzmannstadt unterbringen wollte, sollte das Ghetto von Arbeitsunfähigen (vor allem auch Frauen und Kindern), die man zur Vergasung nach Chelmno brachte, entlastet werden. Die Aktion wurde im großen

²⁶ Auch Adam, a. a. O. (insbes. S. 312) nimmt einen solchen Geheimbefehl an, den er nur später („zwischen dem September und November 1941“) datieren möchte. Mir scheint dagegen, daß es überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsbefehl gegeben hat, das „Programm“ der Judenvernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte und nach der Errichtung der Vernichtungslager in Polen (zwischen Dezember 1941 und Juli 1942) bestimmenden Charakter erhielt.

²⁷ S. oben, Anm. 18.

und ganzen bis zum Sommer 1942 (mit der Vernichtung von ca. 100 000 Juden) abgeschlossen. Ihr Ad-hoc-Charakter ergibt sich aus einem Schreiben, das Reichsstatthalter Greiser am 1. 5. 1942 an Himmler richtete. Mit einer für den Schriftverkehr ungewöhnlichen Offenheit teilte er mit:

„Die von Ihnen im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes SS-Obergruppenführer Heydrich genehmigte Aktion zur Sonderbehandlung von rund 100 000 Juden in meinem Gaugebiet wird in den nächsten 2–3 Monaten abgeschlossen werden können.“²⁸

Nach dem Sommer 1942 gelangten nur noch relativ wenige Transporte nach Chelmo, im März 1943 wurden die Anlagen abgebaut und die Spuren der Tötung beseitigt (erst im Frühjahr 1944 benötigte man die Gebäude wieder für weitere Vernichtungsaktionen)²⁹.

Der Vorgang deutet darauf hin, daß die Initiative zu dieser Teilaktion von lokalen Sicherheitspolizeistellen und der Reichsstatthalterei ausgegangen war, mit größter Wahrscheinlichkeit jedoch im Rahmen allgemeiner Entschlüsse zur verstärkten Anwendung von Liquidationsmaßnahmen, die seit Oktober/November 1941 gefaßt worden waren. Daß es damals noch nicht um die Exekution eines allgemeinen Vernichtungsbefehls, sondern um den Teileinsatz von Vernichtungsmaßnahmen im Zusammenhang eines ausweglos gewordenen Deportationsprogramms ging, geht auch aus einem anderen Dokument hervor. Es handelt sich um den Entwurf eines Schreibens des Juden-Sachbearbeiters des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete an den Reichskommissar Ostland vom 25. 10. 1941 bezüglich des Einsatzes von Vergasungswagen³⁰ bei den Judentötungen, die der Amtschef der Kanzlei des Führers, Viktor Brack (seit der Euthanasieaktion für die Vergasungstechnik zuständig), versprochen hatte herzustellen und liefern zu lassen. Es heißt dabei u. a.:

„Ich darf darauf hinweisen, daß Sturmbannführer Eichmann, der Sachbearbeiter für Judenfragen im Reichssicherheitshauptamt, mit diesem Verfahren einverstanden ist. Nach Mitteilung von Sturmbannführer Eichmann sollen in Riga und Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evt. auch Juden aus dem Altreichsgebiet kommen. Es werden zur Zeit Juden aus dem Altreichsgebiet evakuiert, die nach Litzmannstadt, aber auch nach anderen Lagern kommen sollen, um dann später im Osten, soweit arbeitsfähig, in Arbeitseinsatz zu kommen. Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden. Auf diese Weise dürften dann auch Vorgänge, wie sie sich bei den Erschießungen von Juden in W[ilna] nach einem mir vorliegenden Bericht ergeben haben, und die auch im Hinblick darauf, daß die Erschießungen öffentlich vorgenommen wurden, kaum gebilligt werden können, nicht mehr möglich sein . . .“

²⁸ Nürnberg. Dok. NO-565.

²⁹ Detaillierte Einzelheiten über Chelmo enthält eine von A. Rückerl herausgegebene Dokumentation aus den Ermittlungen und Urteilen der Justiz in der Bundesrepublik zu den Vernichtungslagern in Polen, die als dtv-Taschenbuch im Dezember 1977 erscheinen wird. Vgl. dazu auch Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, *Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern*, in dieser Zeitschrift 24 (1976), S. 116 ff.

³⁰ Nürnberg. Dok. NO-246/247.

Die Vernichtungspraxis griff immer mehr um sich, und es wurde in dieser Phase in den deutschen Dienststellen in den besetzten Gebieten im Osten auch zeitweilig mit zynischer Offenheit über sie gesprochen. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wannsee-Konferenz erklärte Hans Frank am 16. 12. 1941 in einer Regierungssitzung des Generalgouverneurs in Krakau³¹:

„Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen angeknüpft mit dem Ziel, sie [gemeint sind die polnischen Juden im Generalgouvernement] nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich stattfinden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen. Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber . . .³² Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen müssen, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit dem vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genauso judenfrei werden, wie das Reich es ist . . .“

Auch dieses Zeugnis bestätigt den aus anderen Dokumenten dieser Zeit sich ergebenden Eindruck: Verschiedenste Dienststellen des NS-Regimes waren im Spätherbst 1941 zu Vernichtungsaktionen, durch die man die Zahl der Juden wenigstens verringern zu können hoffte, bereit und entschlossen, weil es für die Massen-deportationen, auf die alle drängten, keine rechten Aufnahmekapazitäten gab, bzw. der im Winter steckengebliebene Ostfeldzug vorerst keine Aussicht eröffnete, die Juden „hinter den Ural“ zu verbringen. Andere Gründe kamen hinzu: Die zur diskriminierenden Absonderung und zur Vorbereitung späterer Deportationen (im besetzten Polen schon seit 1939/40) eingerichteten Ghettos erzeugten Hinfälligkeit und Verelendung, die die hierfür Verantwortlichen nun als typisch jüdische „Pestherde“ empfanden und auszulöschen bestrebt waren³³, auch Epidemien und Massensterblichkeit, die den Gedanken an systematische „Nachhilfe“ nahelegten.

Man müsse die Juden „irgendwie ausrotten“, diese fatale Äußerung tritt in Dokumenten unterschiedlicher Herkunft in dieser Phase (Herbst 1941) immer wieder

³¹ Vgl. Das Diensttagebuch des Generalgouverneurs . . ., a. a. O., S. 457.

³² Auslassung im Original des Tagebuches.

³³ Ein Beispiel hierfür ist der „Bericht“, den Goebbels am 2. 11. 1941 in seinem Tagebuch über seinen Besuch des Ghettos in Wilna am Vortage niederschrieb (Goebbels-Tgb./Hoffmann u. Campe, S. 15 ff.): „Schauderhaft wird erst das Bild auf einer kurzen Rundfahrt durch das Ghetto. Hier hocken die Juden aufeinander, scheußliche Gestalten, nicht zum Ansehen, geschweige zum Anfassen . . . In den Straßen hungern fürchterliche Gestalten, denen ich nicht bei Nacht begegnen möchte. Die Juden sind die Läuse der zivilisierten Menschheit. Man muß sie irgendwie ausrotten, sonst werden sie immer wieder ihre peinigende und lästige Rolle spielen . . .“

zutage, ein enthüllendes Zeugnis für die „Improvisation“ der Vernichtung als der schließlich „einfachsten“ Lösung, die dann, mit der Einrichtung weiterer Vernichtungslager im besetzten Polen³⁴ schließlich ein massives institutionelles und Erfahrungspotential der Tötung schuf, das man dann auch im weiteren Verlauf der Deportationen aus Deutschland und den besetzten oder verbündeten europäischen Ländern nutzen konnte.

Wenn unsere Interpretation davon ausgeht, daß die Judenvernichtung auf solche Weise „improvisiert“, nicht von langer Hand her geplant und durch einen einmaligen Geheimbefehl in die Wege geleitet wurde, so schließt das ein, daß die Verantwortung und Initiative für die Tötungsaktionen nicht nur bei Hitler, Himmler oder Heydrich lagen. Es entlastet Hitler aber keineswegs.

Wir wissen fast nichts darüber, in welcher Weise Hitler mit Himmler und Heydrich, die die institutionelle Verantwortung für die von Sicherheitspolizei- und SS-Kommandos durchgeführten Liquidierungsaktionen trugen und sich in dieser Phase häufig im Führerhauptquartier aufhielten, über diese Maßnahmen gesprochen hat. Über die Gründe, die ihn nötigen mußten, die volle Wahrheit streng geheim zu halten, auch gegenüber prominenten Mitarbeitern, wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein, auch darüber, daß bei diesen extrem gesetzwidrigen Maßnahmen nur von mündlichen Instruktionen Hitlers, nicht von rechtsverbindlichen, formellen Weisungen (und mithin auch nicht von einer schriftlichen Überlieferung) ausgegangen werden kann. Die Verantwortlichkeit Hitlers im Zusammenhang mit den Judenmorden kann überhaupt nur mittelbar erschlossen werden. Die Vorstellung, sie ließe sich mit dem einen oder anderen von Hitler gezeichneten Schriftstück, das vielleicht nur noch nicht gefunden oder schon vor 1945 vernichtet worden ist, einfach dokumentarisch „beweisen“, geht von falschen Voraussetzungen aus; zumal Hitler, wie bekannt, Akten kaum selbst bearbeitete oder ausfertigte und seine Unterschrift oder Handschrift in den Dokumenten des Dritten Reiches, außer unter Gesetzen und Verordnungen, auch sonst kaum zu finden ist.

Die Indizien für seine Verantwortlichkeit sind gleichwohl erdrückend. Aus einer ganzen Reihe von Dokumenten über gesetzliche Maßnahmen gegen die Juden in der NS-Zeit, auch z. B. über die amtliche Definition des Begriffs „Jude“ (hier brauchte Hitler seine Beteiligung nicht zu verbergen), ist bezeugt, daß Hitler sich um zahlreiche Einzelheiten geplanter antijüdischer Maßnahmen intensiv selbst kümmerte und diese von seiner Entscheidung abhängig waren. Daß der Führer an der Lösung der Judenfrage in stärkstem Maße interessiert war, dürfte wohl keinem prominenten Funktionär des NS-Regimes verborgen gewesen sein. Der Gedanke, so wichtige Entscheidungen wie die Maßnahmen zur Judenvernichtung könnten

³⁴ Schon im März 1942 wurde das Vernichtungslager Belzec im Distrikt Lublin eröffnet, etwa zur gleichen Zeit begannen die Vergasungsaktionen in Auschwitz-Birkenau, in den folgenden Monaten bis Juli wurden auch die Vernichtungslager Sobibor und Treblinka im östlichen Teil des Generalgouvernements errichtet, in denen noch 1942 ein großer Teil der Juden aus den Ghettos des Generalgouvernements getötet wurden. Vgl. Arndt/Scheffler, *Organisierter Massenmord . . .*, a. a. O., S. 105–135.

ohne Hitlers Billigung von irgendjemand 1941/42 selbstherrlich getroffen worden sein, geht an dieser Grundtatsache ebenso vorbei wie an dem realen Verfassungszustand des „Hitler-Staates“ in dieser Zeit. Er ist besonders grundlos in bezug auf Himmler, dessen Loyalität Hitler gegenüber, zumal in grundsätzlichen Weltanschauungsfragen, in dieser Phase ganz ungebrochen war. Eine solche Vorstellung ist auch deshalb abwegig, weil die vorbereitenden Maßnahmen der Judenvernichtung – z. B. die zentrale Transportfrage und die Frage der Herauslösung der Juden aus kriegswichtigen Arbeitseinsätzen – unmittelbar Wehrmachtsinteressen berührten (tatsächlich ja auch häufig mit diesen kollidierten) und schon infolge mangelnder Kompetenz von Himmler oder Heydrich gar nicht ins Werk gesetzt werden konnten ohne Rückendeckung Hitlers, der allein sie auch der Wehrmacht gegenüber durchzusetzen vermochte. Wie Goebbels seinen Tagebüchern anvertraute, bedurfte er für jeden wichtigen Abschnitt der Deportation der Juden aus der Reichshauptstadt der Zustimmung Hitlers. In der Wannsee-Konferenz (20. 1. 1942) über die „Endlösung der Judenfrage“ bezog sich auch Heydrich ausdrücklich auf die jeweils nötige „vorherige Genehmigung durch den Führer“³⁵. Es kann nach alledem nur der Schluß gezogen werden, daß Hitler den Reichsführer-SS und den Chef der Sicherheitspolizei (möglicherweise sprach er nur mit ihnen hierüber ganz offen) ausdrücklich zu den umfangreicheren Liquidierungsaktionen ermächtigte, wer immer sie im einzelnen vorgeschlagen haben mag. Daß Hitler über sie schon 1941/42 Bescheid wußte – auch wenn er dies im größeren Gesprächskreis zu verschleiern versuchte – ergibt sich als klarer Eindruck auch aus den Aufzeichnungen von Teilnehmern an vertraulichen Gesprächen mit ihm in dieser Phase (Winter 1941/42).

Beim „Tischgespräch“ im Führerhauptquartier am 25. 10. 1941, in Anwesenheit von Himmler und Heydrich, äußerte Hitler³⁶:

„Von der Tribüne des Reichstags aus prophezeite ich dem Judentum, daß, wenn ein Krieg unvermeidlich würde, die Juden aus Europa verschwinden würden. Diese Rasse von Kriminellen hat schon zwei Millionen Gefallene des 1. Weltkrieges auf ihrem Gewissen und jetzt schon Hunderttausende mehr. Niemand soll mir sagen, daß wir sie nicht in den Sumpfgebieten Rußlands unterbringen könnten. Wer sorgt sich um unsere Truppen dort. Es ist übrigens keine schlechte Sache, daß das öffentliche Gerücht uns einen Plan zur Vernichtung der Juden zuschreibt. Terror ist eine heilsame Sache . . .“

Am 25. Januar 1942, drei Tage nach der Wannsee-Konferenz, nahm Hitler abermals während eines „Tischgesprächs“ im Führerhauptquartier in Anwesenheit von Himmler und Lammers zur Judenfrage Stellung³⁷:

„Man muß radikal handeln. Wenn man einen Zahn zieht, tut man es mit einem Zug, und der Schmerz ist schnell vorbei. Die Juden müssen aus Europa heraus. Sonst gibt es keine Verständigung zwischen den Europäern . . .“

³⁵ Vgl. das genaue Zitat aus dem Protokoll unten, Anm. 49.

³⁶ Das Folgende (Rückübersetzung) nach Hitler's Table Talk 1941–1944, London 1953, S. 87.

³⁷ Hitler's Table-Talk, a. a. O., S. 235.

In einem weiteren Abschnitt dieses Tischgesprächs, nachdem sich Hitler beziehungsweise darüber ausgelassen hatte, wie die Juden in früheren Jahrhunderten im römischen Kirchenstaat diskriminiert worden seien, erklärte er in einer offensichtlichen Mischung von Zynismus und heuchlerischer Verschleierung in bezug auf die im Gange befindlichen Deportationen und Teilaktionen der Vernichtung:

„Ich für meinen Teil beschränke mich darauf, ihnen [den Juden] zu sagen, sie müssen weggehen. Wenn sie auf der Reise die Rippen brechen, kann ich nichts machen. Aber wenn sie sich weigern, freiwillig zu gehen, sehe ich keinen anderen Weg als die Vernichtung [extermination³⁸]. Warum soll ich einen Juden mit anderen Augen ansehen wie einen russischen Kriegsgefangenen? Viele sterben in den Gefangenenlagern. Das ist nicht meine Schuld. Ich habe weder den Krieg noch die Kriegsgefangenenlager gewollt. Warum hat der Jude den Krieg provoziert?“

Vier Tage später (27. 1. 1942) Hitler abermals beim „Tischgespräch“ im Führerhauptquartier³⁹:

„Die Juden müssen einpacken, aus Europa verschwinden. Sie sollen nach Rußland gehen. Was die Juden betrifft, fehlt mir jedes Mitleid. Sie sind stets das Ferment gewesen, das die Völker gegeneinanderhetzt. Sie haben überall Zwietracht zwischen den Menschen wie zwischen den Völkern gesät . . . Es ist unbedingt nötig, die Judenfrage auf europäischer Ebene aufzurollen. Es ist keineswegs genug, sie aus Deutschland zu vertreiben. Wir können ihnen nicht erlauben, Rückzugsbasen vor unserer Tür zu behalten . . .“

Am 14. 2. 1942 notierte Goebbels in seinem Tagebuch, nach einem Besuch Hitlers in Berlin⁴⁰:

„Der Führer gibt noch einmal seiner Meinung Ausdruck, daß er entschlossen ist, rücksichtslos mit den Juden in Europa aufzuräumen. Hier darf man keinerlei sentimentale Anwandlungen haben. Die Juden haben die Katastrophe, die sie heute erleben, verdient. Sie werden mit der Vernichtung unserer Feinde auch ihre eigene Vernichtung erleben. Wir müssen diesen Prozeß mit einer kalten Rücksichtslosigkeit beschleunigen, wir tun damit der leidenden und seit Jahrtausenden gequälten Menschheit einen unschätzbaren Dienst . . .“

Die Häufung der aggressiven, seinen Destruktionwillen klar bekundenden Äußerungen Hitlers zur Judenfrage in dieser Phase, auch die darin enthaltenen Andeutungen über die konkreten Maßnahmen zu ihrer Vertreibung und Dezimierung, sind, wenn man sie aus dem historischen Kontext heraus interpretiert, eindeutig genug. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit die Fixierung Hitlers auf die Judenfrage, sein vehementes Interesse für sie, was allein schon ausschließt, daß er sich um den Fortgang der „Lösung der Judenfrage“ nicht gekümmert habe.

Zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt, in einer Geheimrede, die Hitler am 26. 5. 1944 vor Generalen und Offizieren der Wehrmacht hielt⁴¹ und bei der er sich sehr deutlich über die inzwischen weitgehend abgeschlossene Vernichtung der Juden aussprach, entschlüpfte ihm eine Bemerkung, die man als Bestätigung dafür

³⁸ So im Original der Ausgabe (die deutsche Urfassung liegt bekanntlich nicht vor).

³⁹ Hitlers Table Talk, a. a. O., S. 260.

⁴⁰ Goebbels-Tagebücher, hrsg. v. L. P. Lochner, Zürich 1948, S. 87 f.

⁴¹ Pers. Stab RFSS, Archiv HZ: MA 516, BL 4994 ff.

ansehen kann, daß die Judenvernichtung, so wie sie sich historisch im Winter 1941/42 „entwickelte“, ein gewaltsamer „Ausweg“ aus Schwierigkeiten war, in die man sich selbst gebracht hatte. „Indem ich die Juden entfernte“, so Hitler zur Rechtfertigung in dieser späten Kriegsphase, „habe ich die Möglichkeit irgendeiner revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt. Man kann mir natürlich sagen: Ja, hätten sie das nicht einfacher – oder nicht einfacher, denn *alles andere wäre komplizierter gewesen*⁴² – aber humaner lösen können? . . .“

David Irving hat etwas richtiges erkannt, wenn er in seinem Hitler-Buch (S. XIV) schreibt, die Vernichtung der Juden sei, seiner Meinung nach, teilweise eine Verlegenheitslösung gewesen, „der Ausweg aus einem fürchterlichen Dilemma“. Er ist aber auf einem allen Indizien widersprechenden apologetischen Abweg, wenn er daraus folgert, untergeordnete SS- und Partei-Führer hätten sie in zynischer Verdrehung Hitlerscher Äußerungen gegen dessen Willen in die Wege geleitet.

3. David Irvings „Beweise“

David Irving hat in seinem Hitler-Buch weder das faktische Geschehen der „Endlösung“ noch Hitlers vielfältige Äußerungen zur Judenpolitik während des Krieges systematisch dargestellt. Nicht aus dem bündigen historischen Zusammenhang der Sache entwickelt er seine revisionistische These. Die zu ihrer Stützung angeführten Argumente sind vielmehr meist polemisch aufgesetzt, verstreut auf ein Dutzend Exkurse, in denen er, im Text und in den Anmerkungen, an weit auseinanderliegenden Stellen des Buches und oft willkürlich auf einzelne Aspekte und Dokumente zu dem Thema „Hitler und die Judenvernichtung“ immer wieder zurückkommt: zerstückeltes Plädoyer, bei dem abwegige Schlußfolgerungen mit Selbstverständlichkeit an anderer Stelle als erwiesene Tatsachen eingesetzt oder als solche schon vorweggenommen werden. Seitdem der Autor sich auf seine These festgebissen hatte, war ihm kein Fetzen scheinbarer Evidenz zu schäbig, um sie zu stützen.

Hinter dem mühsam geknüpften roten Faden seiner Revisions-Theorie wird aber immer wieder auch der andere Irving sichtbar, mit Ehrgeiz und Akribie darauf bedacht, alle thematisch einschlägigen Dokumente zu annotieren, auch wenn diese mit dem Hauptplädoyer schwer in Einklang zu bringen sind. Und zwischen der kategorischen Hitler-Apologie stehen unvermittelt bedächtige, vorsichtige Reflexionen und Formulierungen: die Rolle Hitlers im Rahmen der „Endlösung“ sei „a controversial issue“ und „The negative is always difficult to prove“ (S. XIII). An anderer Stelle (S. 391): Hitler sei unzweifelhaft die treibende Kraft hinter den Judendeportationen gewesen, es sei jedoch diskussionsfähig (arguable), auf wessen Initiative die grausame Prozedur der Massentötungen an den Endstationen der Transporte im Osten in Gang gekommen ist. Irving stellt (S. 270 f.) die sehr berechnete Frage: Was meinte Hitler genau, als er dem Generalgouverneur im

⁴² Hervorhebung durch den Verfasser.